



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG POLENS

- **ANALYSE**
Die demographische Entwicklung Polens: Herausforderungen und Konsequenzen 2
Peter Oliver Loew, Darmstadt
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Grafiken und Tabellen zur demographischen Entwicklung in Polen 8
- **CHRONIK**
5. – 18. Februar 2019 13

Die demographische Entwicklung Polens: Herausforderungen und Konsequenzen

Peter Oliver Loew, Darmstadt

Zusammenfassung

Nach aktuellen Berechnungen des polnischen Statistischen Hauptamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*) wird die Bevölkerung des Landes im nächsten Vierteljahrhundert um 2,8 Mio. Menschen schrumpfen, bis zum Jahr 2050 um 4,4 Mio. Menschen. Damit könnte Polen zu den europäischen Ländern mit dem dramatischsten Bevölkerungsrückgang zählen. Dies stellt nicht nur den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme Polens vor große Herausforderungen, sondern wird sich auch auf Deutschland auswirken, das in den letzten Jahrzehnten erheblich von Zuwanderung aus Polen profitiert hat. Die Gegenmaßnahmen der polnischen Regierung sind bislang weitgehend wirkungslos geblieben; eine Neuformulierung der Sozialpolitik wird eine Hauptaufgabe künftiger Regierungen sein.

Die demographische Entwicklung bis in die Gegenwart

Die polnische Bevölkerung hat in den vergangenen 100 Jahren große demographische Veränderungen erlebt. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit zählte der junge Staat 1921 27,2 Mio. Einwohner. Bis 1938 stieg die Zahl um mehr als ein Viertel auf 34,8 Mio. Aufgrund von Völkermord, Terror und Verfolgung starben im Zweiten Weltkrieg weit mehr als 6 Mio. der in der Zweiten Republik Polen vor 1939 lebenden Staatsbürger. Die Grenzverschiebungen und der Bevölkerungsaustausch im Anschluss an den Krieg führten zu einem weiteren Rückgang der Bevölkerung, die 1950 25 Mio. Menschen zählte. Bis etwa 1990 stieg die Einwohnerzahl Polens relativ konstant auf gut 38 Mio., wobei die Bevölkerungszunahme ausnahmslos den Städten zugutekam. Das sozialistische System mit weitgehend geschlossenen Grenzen und einer nachdrücklichen Unterstützung von Familien hatte diese auffallend positive Entwicklung maßgeblich beeinflusst. Seitdem stagnieren die absoluten Bevölkerungszahlen, zur Jahresmitte 2018 waren in Polen 38,4 Mio. Menschen statistisch erfasst. (Grafik 1 auf S. 8)

Parallel zu dieser Stabilisierung der Einwohnerzahl gab es eine Reihe weiterer statistisch gut erkennbarer demographischer Prozesse. Am einschneidendsten ist die Entwicklung der Geburtenraten. Die Geburtenziffer liegt seit dem Jahr 1990 unter dem Faktor 2 (eine konstante Bevölkerungszahl wird ab einem Faktor von etwa 2,1 erreicht), die absoluten Geburtenzahlen sind seit dem Jahr 1998 unter die Zahl von 400.000 gesunken und haben sich nur zwischen 2008 und 2010 sowie 2017 knapp darüber bewegt. (Tabelle 2 auf S. 10)

Um eine stabile demographische Entwicklung zu gewährleisten, wäre laut *GUS* eine Geburtenzahl von 210 bis 215 Kindern auf alle 100 Frauen zwischen 15 und 49 Jahren nötig. Im Jahr 2016 waren es jedoch nur

136 und 2017 mit 145 etwas mehr. Nach den Gründen für den Aufschub des Kinderwunsches oder für den Verzicht auf Nachkommenschaft gefragt, nennen potentielle Eltern in der Regel die unsichere materielle Situation in Polen. Kinder kommen tendenziell häufiger in ländlichen, aber nicht notwendigerweise peripheren Regionen zur Welt, während prozentual am wenigsten Kinder in den Großstädten geboren werden. Die höchsten Geburtenziffern gibt es in den Woiwodschaften Pommern (województwo pomorskie), Großpolen (woj. wielkopolskie) und Masowien (woj. mazowieckie), die niedrigsten in Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie) und Oppeln (woj. opolskie).

Zu beobachten ist außerdem das seit der politischen und sozioökonomischen Wende von 1989/90 kontinuierlich steigende Alter der Mütter. Waren zu Beginn dieses Zeitraums die höchsten Geburtenzahlen bei Frauen von 20 bis 24 Jahren zu verzeichnen, sind es heute Frauen zwischen 30 und 34 Jahren; das durchschnittliche Alter, in dem polnische Frauen heute ihr erstes Kind bekommen, liegt bei 28 Jahren.

Ähnlich wie in den meisten anderen entwickelten Ländern wächst auch in Polen die durchschnittliche Lebenserwartung. Sie hat sich seit 1991 bei Frauen um knapp sieben Jahre auf etwa 82 Jahre, bei Männern um fast acht Jahre auf etwa 74 Jahre verlängert. Dies führt zu einer ständig größer werdenden Gruppe von Einwohnern nach Beendigung des Berufslebens: Von 2000 bis 2016 ist die Zahl der Frauen über 60 Jahren und der Männer über 65 Jahre von 5,7 Mio. auf 7,8 Mio. Menschen gestiegen.

Ein weiterer Faktor, der die Bevölkerungszahlen in Polen maßgeblich beeinflusst, ist die Migration. Polen ist lange Zeit ein Netto-Auswanderungsland gewesen. Die Zahl der Abwanderung ist in den vergangenen Jahren konstant hoch geblieben. Ende 2016 lebten mehr als 2,5 Mio. polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zeit-

weilig im Ausland. Allein im Jahr 2016 verlegten rund 118.000 Polen ihren Hauptwohnsitz ins Ausland, 2017 setzte sich der Trend beinahe ungebrochen fort. Allerdings spiegeln die polnischen statistischen Angaben nur einen Teil der Wirklichkeit wider, weil sich offensichtlich sehr viele Menschen in Polen vor einem Umzug ins Ausland nicht abmelden. Auch werden die Grenzpendler bzw. saisonal im Ausland Beschäftigte nicht erfasst. Während zum Beispiel die *GUS*-Daten für 2017 eine Zunahme der polnischen Migration nach Deutschland um nur 16.000 Personen verzeichnen, ist die Zahl von Polinnen und Polen in Deutschland dem Statistischen Bundesamt zufolge im Jahr 2017 um etwa 80.000 auf 867.000 gestiegen. Insgesamt lebten 2016 nach den polnischen statistischen Angaben 6,2 Prozent der polnischen Bevölkerung im Ausland, de facto dürften die Werte darüber liegen. Es handelt sich dabei in einem stark überdurchschnittlichen Maße um Personen im reproduktionsfähigen Alter, was sich zum einen nachteilig auf das Arbeitskräfteangebot in Polen selbst und zum anderen nachteilig auf die Zahl der in Polen geborenen Kinder auswirkt. 8,6 Prozent der erwerbsfähigen Polinnen und Polen können sich zudem eine Emigration vorstellen.

Gleichzeitig wächst die Immigration nach Polen. Hierbei handelt es sich zu einem Großteil um Erwerbszuwanderung aus den östlichen Anrainerstaaten, vor allem aus der Ukraine (vgl. auch [Polen-Analysen 221](#)). Dies ist jedoch überwiegend eine befristete Zuwanderung; bislang lässt sich nur der geringere Teil der Zuwanderer auf Dauer in Polen nieder. Nach wie vor ist Polen dasjenige Land in der EU mit dem geringsten Anteil ausländischer Einwohner. Die teils sehr hohen Zahlen – 2017: 683.000 befristete Arbeitsgenehmigungen für Ukrainer – sind daher von ihrem Charakter her anders einzuschätzen als etwa die Zahl der in Deutschland lebenden Polen, die dort im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU in der Regel seit 2011 eine unbefristete Arbeitsgenehmigung besitzen.

Bevölkerungsprognosen: auf dem Weg zur demographischen Katastrophe?

Prognosen sind stets mit dem Manko einer mehr oder weniger großen Unsicherheit behaftet. Zukunftsprojektionen können nur in sehr beschränktem Umfang Faktoren wie aktuelle Veränderungen in der Familienpolitik, Wirtschaftskrisen, kulturelle Veränderungen, Migrationsbewegungen usw. berücksichtigen. So stellte sich zum Beispiel schon im Jahr 2017 heraus, dass die 2014 vom *GUS* veröffentlichte Bevölkerungsprognose für Polen nicht mehr aktuell war – hatte man damals für 2017 mit etwa 346.000 Geburten gerechnet, gab es in Wirklichkeit 403.000. Auf diesen möglicherweise

kurzfristigen Effekt der Einführung eines Familienförderprogramms wird im Folgenden noch eingegangen.

Je nachdem, wie die verschiedenen Einflussfaktoren gewichtet werden, unterscheiden sich die Bevölkerungsprognosen. Sie alle gelangen aber zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerungszahlen Polens bereits in wenigen Jahren zurückgehen werden, um mittel- und langfristig relativ dramatische Werte anzunehmen.

Das polnische Statistische Hauptamt hat 2014 eine Bevölkerungsprognose bis 2050 mit folgenden Hauptergebnissen vorgelegt: Die Bevölkerungszahl wird demnach aufgrund niedriger Geburtenraten und anhaltend negativer Wanderungssaldi systematisch zurückgehen, auf 37,2 Mio. Menschen im Jahr 2030, 35,7 Mio. im Jahr 2040 und 34,0 Mio. im Jahr 2050. Gleichzeitig wird sich die Altersstruktur der Gesellschaft aufgrund der zunehmenden Alterung einschneidend verändern. Die größte Bevölkerungsabnahme wurde für Städte sowie für die relativ strukturschwachen Woiwodschaften Heiligkreuz und Oppeln prognostiziert, während die Woiwodschaften Masowien (mit der Hauptstadt Warschau/Warszawa), Pommern (mit Danzig/Gdańsk) und Kleinpolen (woj. małopolskie) (mit Krakau/Kraków) nur geringe Bevölkerungsverluste werden hinnehmen müssen. Gleichzeitig geht die Prognose von einer leicht steigenden Geburtenziffer aus, die jedoch bei weitem nicht an die magische Zahl von 2,1 heranreichen wird. Angesichts der unerwartet hohen Geburtenraten der letzten Jahre unterliegt diese Prognose allerdings aktuell bereits gewissen Modifikationen.

Vorausberechnungen des Europäischen Statistikamtes Eurostat gehen in eine ähnliche Richtung: Polen könnte im Jahre 2080 mit 29 Mio. Einwohnern eine um 30 Prozent geringere Bevölkerung als heute haben. Die Vereinten Nationen haben 2017 im Rahmen der »World Population Prospects« die Entwicklung der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2100 geschätzt, und zwar in drei unterschiedlichen Varianten. Dabei ergaben sich für Polen Werte, die in der pessimistischsten Variante einen teils geradezu katastrophalen Verlauf nehmen – 2080: 18 Mio. Einwohner, 2100: 12,1 Mio. In der positivsten Variante liegen sie dagegen weit höher als die von Eurostat geschätzten Daten – 2080: 33,4 Mio. (siehe Grafik auf S. 8) Wie realistisch derart langfristige Projektionen sind, sei dahingestellt. Immerhin können sie geeignet sein, Gesellschaften und politische Eliten immer wieder einmal aufzurütteln und allen Akteuren vor Augen zu führen, wie dringend Antworten auf die »demographische Zeitbombe« gefunden werden müssen.

Allerdings könnte sich die Entwicklung auch positiver gestalten. Nach einigen Schätzungen ist zum Beispiel die faktische Einwohnerzahl Polens viel geringer als von den offiziellen Statistiken angegeben – mögli-

cherweise sogar um 2 Mio. Menschen, die zwar in Polen gemeldet sind, aber im Ausland leben. Dies hätte Auswirkungen auf die Geburtenrate, die in diesem Fall in Wirklichkeit höher läge, wodurch wiederum der langfristige Bevölkerungsrückgang geringer ausfallen würde.

Die demographische Entwicklung Polens im europäischen Vergleich

Polen steht mit seinen demographischen Problemen im europäischen Vergleich nicht allein da. »Europa schrumpft mit alarmierender Geschwindigkeit«, erklärte die *Hoover Institution* unlängst in einem Bericht. Und das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung warnt, dass sich die Bevölkerung der Europäischen Union innerhalb von 65 Jahren halbieren würde, sollte es keine Zuwanderung geben und sich auch die Lebenserwartung nicht verändern. Da auch weiterhin von einer erheblichen externen Zuwanderung zumindest in die Wachstumsregionen auszugehen ist, wird sich dieses negative Szenario zwar kaum einstellen, jedoch wird es zu starken demographischen Verschiebungen innerhalb Europas kommen. Polen wird, sollten sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, aller Voraussicht nach zu den Leidtragenden gehören.

Die Geburtenziffer liegt in einigen Regionen Polens im europäischen Vergleich derzeit am untersten Ende, und zwar insbesondere in den Gebieten mit der größten Migrationsintensität – hier fehlen schlicht und einfach Personen im reproduktionsfähigen Alter. 2016 wurden weltweit nur in wenigen Ländern noch niedrigere Geburtenziffern verzeichnet – in Europa waren dies etwa Spanien und Italien. Gemeinsam mit weiteren Faktoren wird dies dazu führen, dass die polnische Bevölkerung im europäischen Vergleich besonders stark schrumpfen wird. Nach Eurostat könnte Polen im Jahr 2080 hinter Litauen, Bulgarien, Lettland, Griechenland, Portugal und Rumänien das Land mit dem größten Bevölkerungsrückgang sein (Grafik 3 auf S. 11). Gleichzeitig könnte Polen neben Zypern das Land mit der am stärksten gealterten Bevölkerung sein. Im Jahr 2050 könnte Polen hinter Griechenland außerdem auch dasjenige Land sein, in dem sich das Verhältnis von Menschen im erwerbsfähigen Alter zu Personen im Alter von 65 Jahren und älter am ungünstigsten darstellen wird.

Ein vergleichender Blick auf das Migrationsgeschehen weist darauf hin, dass die Zahl der im Ausland lebenden Staatsbevölkerung für Polen keineswegs am höchsten ist. Den höchsten Anteil weist Rumänien auf (2016: 15,1 Prozent), während Polen nach einer Reihe weiterer ostmittel- und südosteuropäischer Länder sowie Irland und Portugal »nur« auf Rang 8 zu finden ist.

Politisches Handeln: Wahlkampfaktik oder langfristige Programme?

Die demographischen Zukunftsprobleme haben die Politik nicht unbeeindruckt gelassen. Allerdings kamen die rückläufigen Geburtenzahlen und die Abwanderung ins Ausland den Regierungen jahrelang entgegen, da sie den einheimischen Arbeitsmarkt entspannten und dazu beitrugen, dass die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren stark sank und das Land heute mit 3,3 Prozent nach Tschechien die zweitgeringsten Erwerbslosenrate in der EU aufweist (Daten für 2018). Danach hatte es vor einem Jahrzehnt nicht ausgesehen – noch 2013 lag die Arbeitslosenrate bei 10,3 Prozent, 2005 hatte sie gar 17,9 Prozent betragen, wobei vor allem jüngere Menschen betroffen waren. Die Freude über diesen drastischen Rückgang hat eine Zeitlang den Blick auf die insgesamt kaum weniger dramatischen demographischen Probleme verstellt. Die Verkündung von niedrigen Arbeitslosenzahlen oder »grünen Wachstumsinseln« ist für Regierungen wahlkampfaktisch natürlich viel attraktiver als die Warnung vor gravierenden, wenn auch nicht unmittelbar zu spürenden künftigen Veränderungen der Bevölkerungszahlen.

Dabei ist Polen nicht unvorbereitet. So wie viele andere Länder betreibt es seit Jahrzehnten eine umfangreiche demographische Forschung, die durch verschiedene Gremien auch mit der Politik vernetzt ist – was nicht heißt, dass die Politik immer auf sie hört. Beispielsweise gibt es einen regelmäßig zusammentretenden Bevölkerungsrat der Regierung, der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zahlreicher akademischer Einrichtungen ebenso umfasst wie Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien und anderen Institutionen.

Die polnische Politik hat sich lange nur halbherzig mit demographischen Problemen beschäftigt. Erst im Vorfeld des Parlamentswahlkampfes von 2015 gewann das Thema an öffentlicher Relevanz. Es war vor allem die damalige Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die mit demographischen Fragen auf sich aufmerksam machen wollte. Im ihrem Parteiprogramm von 2014 äußerte sich die *PiS* – direkt im Anschluss an den Punkt »Der polnische Staat – der vorrangige Wert« – über »Selbstwertgefühl und demographische Krise«: Es müsse darum gehen, »Prozesse aufzuhalten, die uns schwächen, vor allem die demographische Krise, die verstärkt wird durch die Entvölkerung Polens infolge der Emigration von Personen, die keine Arbeit haben oder von den Lebensumständen enttäuscht sind. Es gibt starke Hinweise darauf, dass dieser Prozess nicht nur durch die Wirtschaft bedingt ist. Er hat auch kulturelle Ursachen. [...] Das Fehlen von Selbstwertgefühl, des Gefühls für den Wert der eigenen Kultur kann ein Faktor sein, der über die Stärke nega-

tiver Prozesse entscheidet.« Im Übrigen, so heißt es in dem Programm, sei auch die »Gender-Ideologie« für die demographische Krise und die Krise der Familie mitverantwortlich. Um diese Krise zu überwinden, schlug die *PiS* vor, ein Kindergeld einzuführen. Die damals regierende Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) beschränkte sich in ihrem Wahlprogramm hingegen auf kosmetische Änderungen im sozialen Bereich. Letztlich waren demographische Fragen eines der wahlentscheidenden Themen, allerdings nicht, weil die Wählerinnen und Wähler die Komplexität demographischer Prozesse zur Kenntnis nahmen, sondern weil sie die von der *PiS* mit dem demographischen Wandel begründete Ankündigung sozialpolitischer Maßnahmen goutierten.

Nachdem sie im Herbst 2015 die Parlamentswahlen gewonnen und die Regierung übernommen hatte, setzte die *PiS* rasch zahlreiche Reformprojekte um. Dazu gehörte auch das bereits 2016 eingeführte Familienförderprogramm »Rodzina 500+«, das unabhängig vom Einkommen für das zweite und alle weiteren Kinder jeweils 500 Zloty auszahlt (vgl. [Polen-Analysen Nr. 186](#)). Ein-Kind-Haushalte werden bewusst nicht gefördert, weil sich die *PiS* dadurch positive Effekte für die Geburtenzahlen verspricht: Eltern von Einzelkindern sollten zur Zeugung weiterer Kinder animiert werden. Außerdem meinte man, dass Frauen durch Direktzahlungen dazu gebracht werden könnten, sich aus dem Berufsleben zurückzuziehen oder zumindest auf die Ausübung unterbezahlter Jobs zu verzichten, um sich stattdessen auf die Erziehung von Kindern konzentrieren zu können.

Nach einem raschen Anstieg der Geburtenzahlen schon im zweiten Halbjahr 2016 erklärte Familienministerin Elżbieta Rafalska im März 2017: »Ich denke, dass das ein bahnbrechendes Programm ist – es hat alle Beschränkungen aufgebrochen – es hat die Armut radikal verringert. Ich bin sicher, dass es auch die Fertilität verbessern wird.« Tatsächlich stieg die Zahl der Geburten und lag Ende 2017 um 20.000 über den Vorjahreswerten, auch wurde die »magische Grenze« von 400.000 Geburten im Jahr erstmals seit 2010 wieder überschritten. Die *PiS*-Regierung wertete dies als großen Erfolg.

Doch die Ernüchterung folgte bald: Im Laufe des Jahres 2018 stellte sich heraus, dass die Geburtenzahlen wieder sanken, teils um mehr als 10 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresmonaten. Offenbar hatten Eltern die Zeugung zweiter oder dritter Kinder nur vorgezogen, um möglichst rasch in den Genuss von »500+« zu kommen. Paare, die bis dahin keine Kinder hatten, wurden durch die Einführung des Kindergeldes hingegen selten dazu bewegt, einen Kinderwunsch zu verwirklichen, jedenfalls sank die Zahl der Erstgeburten konstant. Nach Meinung vieler Beobachter ist der »Mitnahmeeffekt« der Kindergeld-Einführung somit schnell ver-

pufft. Die staatliche finanzielle Unterstützung scheint also nur eine geringe Zahl von Familien dazu zu bewegen, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Eine Steigerung der jährlichen Geburtenzahl auf etwa 580.000, was eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl ermöglichen würde, liegt in unerreichbar weiter Ferne. Da jedoch die Einführung geburtenfördernder Maßnahmen auch in anderen Ländern erst mittel- und langfristig Wirkung entfaltet hat, ist es noch viel zu früh, bereits jetzt klare Aussagen zu den demographischen Konsequenzen von »500+« zu machen. Für die materielle Besserstellung und subjektiv empfundene Wertschätzung eines beträchtlichen Teils der Gesellschaft hat das kostspielige, entgegen vieler Befürchtungen vom Staatshaushalt aber finanzierbare Programm jedenfalls gesorgt.

Es liegt jedoch auf der Hand, dass eine rein finanzielle Unterstützung keineswegs genügt, um die Geburtenziffern der Bevölkerung steigen zu lassen. Vielmehr zeigt der europäische Vergleich, dass die Geburtenraten gerade dort wieder steigen, wo die Gleichstellung der Geschlechter weit vorangeschritten und die Erwerbsquote von Frauen hoch ist. Ein konsequenter Ausbau etwa der Angebote zur Kinderbetreuung oder von Teilzeitmodellen im Berufsleben hat dazu entscheidend beigetragen. Hier besteht in Polen noch großer Handlungsbedarf. Staat und Kommunen haben in den vergangenen Jahrzehnten die vor- und außerschulische Betreuung von Kindern oft vernachlässigt. Es gibt zwar gerade in den größeren Städten zahlreiche private Horte und Kindergärten mit einem teils stupend großen Bildungsangebot, doch können sich diese gewöhnlich nur vergleichsweise wohlhabende Familien leisten. Die Betreuungsquoten von unter Dreijährigen in Polen sind extrem gering und gehören zu den niedrigsten in ganz Europa, nur etwa die Hälfte der Drei- bis Sechsjährigen besucht einen Kindergarten. Auch der Anteil der in Teilzeit beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt im europaweiten Vergleich am unteren Ende. Eine langfristige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Mütter bzw. junge Eltern im Rahmen einer fortgesetzten Reform des Sozialstaates wäre deshalb notwendig. Immerhin sind einige von der *PiS*-Regierung eingeleitete Arbeitsmarktreformen, etwa der Kampf gegen befristete Arbeitsverträge ohne soziale Absicherung, ein Schritt in die richtige Richtung.

Sozialpolitik als künftiges Wahlkampfthema

Es scheint, als seien Fragen der Demographie langsam im Bewusstsein breiterer Bevölkerungskreise angekommen. Darauf reagiert die Politik. So hob Jacek Sasin, der Leiter des Ständigen Komitees des Ministerrates, im April 2018 deutlich hervor: »Die Demographie ist für uns eine große Herausforderung. Das ist ein Problem,

das unsere Befürchtungen weckt. Es wird zu einer Blockade kommen, wenn wir nichts tun [...]. Denn was bringt es, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen, solange es niemanden gibt, der diese Arbeit übernehmen kann.« Die Rezepte, die von den Parteien im Vorfeld der im Oktober 2019 anstehenden Parlamentswahlen angeboten werden, unterscheiden sich nicht in ihrer Tendenz, wohl aber darin, wie glaubwürdig die einzelnen Parteien ihre sozialpolitischen Forderungen vertreten.

Die *PiS* denkt darüber nach, ihr Erfolgsprogramm »500+« aufzustocken, es war sogar schon von einem Programm »1000+« die Rede. Außerdem sollen das Lohnniveau angehoben und Mütterrenten eingeführt werden. Das Wahlprogramm ist allerdings noch nicht beschlossen.

Die liberale Bürgerplattform hat ebenfalls die Notwendigkeit erkannt, sich sozialpolitisch stärker zu engagieren. Im Gespräch sind die Ausweitung des Programms »500+« auch auf die erstgeborenen Kinder, ein Ausbau kostengünstiger Kindergärten, Erziehungsurlaub für Väter sowie eine bessere Ausstattung des Rentensystems. Parteichef Grzegorz Schetyna erklärte, Fragen der Demographie zu einem wichtigen Thema zu machen. Ob die Partei auf diesem Gebiet glaubwürdig agieren kann, nachdem sie zwei Legislaturperioden hindurch sozialpolitisch nur beschränkt aktiv war, wird sich zeigen. Erste Initiativen, etwa des ehemaligen Präsidenten Bronisław Komorowski, für eine Neuformulierung der Familienpolitik könnten eine Änderung einleiten. Möglicherweise könnten auch die Postulate der soeben gegründeten linksliberalen Partei Frühling (*Wiosna*) des früheren Stadtpräsidenten von Stolp (Ślupsk), Robert Biedroń, die *PO* dazu drängen. *Wiosna* verlangt – so wie die *PiS* – die Anhebung des Mindestlohns, außerdem den Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten, die Ausweitung von »500+« auf alleinerziehende Elternteile sowie alle erstgeborenen Kinder.

Eine erneute Anhebung des Renteneintrittsalters steht dagegen bislang in keinem Parteiprogramm. Die Bürgerplattform hatte die Rente ab 67 Jahre beschlossen, vor allem mit dem Ziel, den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme zu entlasten. Die Rücknahme dieser unpopulären Reform durch die *PiS*-Regierung – es gelten wieder die vorherigen Eintrittsalter: 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen – wird angesichts der anbrechenden demographischen Krise gravierende negative Folgen haben. Nach manchen Berechnungen könnte zum Beispiel das Rentenniveau innerhalb gut einer Generation bis auf 25 Prozent des Lohns fallen, was in einem erheblichen Umfang zu Altersarmut führen würde. Außerdem werden in zunehmendem Maße Arbeitskräfte fehlen. Angesichts einer geringen Arbeitslosigkeit von 3,3 Prozent im Jahr 2018 und prognostizierten 2,9 Prozent

im Jahr 2019 sowie der steigenden Anzahl unbesetzter Arbeitsplätze (3. Quartal 2018: 157.200) besteht schon heute eine erhebliche Nachfrage nach Fachkräften aller Art auf dem Arbeitsmarkt.

Die demographischen Lücken vieler Länder Europas werden schon seit längerer Zeit durch Zuwanderung geschlossen oder zumindest verringert. In Polen wurde Einwanderung als Lösung demographischer Probleme bis vor wenigen Jahren wenig thematisiert, auch wenn die verstärkte Erwerbsmigration von Polen in westeuropäische Länder seit einigen Jahren empfindliche Lücken in vielen unterbezahlten Bereichen der Wirtschaft gerissen hat. Durch eine Liberalisierung der Zuwanderung aus der Ukraine und anderen östlichen Anrainerstaaten konnten diese Lücken zwar teilweise geschlossen werden, doch gibt eine zum Jahreswechsel 2018/19 in Kraft getretene Änderung der deutschen Bestimmungen zur Arbeitsaufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern zu Befürchtungen Anlass, dass eine Viertelmillion Ukrainer Polen verlassen und besser bezahlte Jobs in Deutschland antreten könnte. Gegen eine umfassendere Zuwanderung, auch gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, hat insbesondere die *PiS* in der Vergangenheit immer wieder Stimmung gemacht. Der Anteil von Zuwanderern an der polnischen Gesellschaft ist innerhalb der EU nach wie vor der geringste.

Als Allheilmittel galt bisher hingegen der Appell an die ins Ausland abgewanderten Landsleute, wieder nach Polen zurückzukehren. Schon die Vorgängerregierung hatte versucht, sie unter Verweis auf die sich rapide verbessernden Lebensumstände in Polen, die sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Löhne und Gehälter ins Land zurückzulocken, etwa mit Hilfe des 2008 gegründeten Internetportals für Rückkehrwillige, »powroty.gov.pl«. Auch die *PiS*-Regierung hat immer wieder flammende Aufrufe an die Landsleute im Ausland gerichtet. So lud Mateusz Morawiecki, damals stellvertretender Ministerpräsident, Anfang 2017 die vom Brexit-Entscheid verunsicherten Polen in Großbritannien ein: »Kehrt zu uns zurück, das wird gut für Polen sein und nicht unbedingt schlecht für Großbritannien.« Allerdings ist die Zahl polnischer Erwerbsmigranten auch im Jahr 2018 weiter gewachsen, wenn auch nicht mehr so schnell, wobei Großbritannien als Migrationsziel in hohem Maße an Attraktivität verloren hat. Ende 2017 lebten 2,54 Mio. Polen im Ausland, wo sie vielfach so gut in das Arbeitsleben und in die Gesellschaft integriert sind, dass sie sich eine Rückkehr nach Polen nicht oder allenfalls in die urbanen Zentren vorstellen können. Gerade in den Großstädten sind jedoch die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu den dort gezahlten Löhnen so hoch, dass sich eine Rückwanderung oft finanziell nicht lohnt.

Ob hingegen ein massives finanzielles Unterstützungsprogramm zur Anhebung der Geburtenrate, wie es der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán kürzlich verkündet hat, größere Effekte hat und im polnischen Kontext überhaupt finanzierbar wäre, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Konsequenzen des demographischen Wandels in Polen

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang hätte für Polen gravierende Konsequenzen: Das Bruttoinlandsprodukt würde aufgrund der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung zwangsläufig sinken – ökonomische Prognosen sagen einen Rückgang der derzeit noch hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten bereits für den Beginn des nächsten Jahrzehnts voraus. Insbesondere kleinere, peripher gelegene Städte würden leiden, gerade in den östlichen Landesteilen. Es würde immer schwieriger werden, in diesen Gegenden die notwendige Infrastruktur von öffentlicher Verwaltung, Bildungswesen, ärztlicher Versorgung oder Altenpflege aufrechtzuerhalten. Während das Land heute noch eine der jüngsten Gesellschaften in der EU aufweist und hunderttausende von Altenpflegerinnen und Altenpflegern in den Westen gehen, wird es im Jahr 2050 voraussichtlich bereits zu den Ländern mit den ältesten Bevölkerungen gehören. Die Politik hat das Problem zwar erkannt und die Regierung 2017 erstmals einen Bericht über die Lage alter Menschen in Polen vorgelegt, doch die wirklichen Probleme etwa bei der Finanzierung der Rentensysteme und der gesetzlichen Krankenversicherung werden sich erst in einigen Jahren verstärkt zeigen.

Die Alterung der Gesellschaft bei gleichzeitigem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hätte große Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Ein Gegenmittel wäre die erneute Anhebung des Renteneintrittsalters, obschon sich künftige Regierungen schwer tun werden, diesen unpopulären Schritt zu tun. Nur eine breite öffentliche Diskussion über die Folgen des demographischen Wandels könnte zu einer Änderung der gesellschaftlichen Einstellungen führen.

Ein anderes Gegenmittel wäre die Unterstützung von Zuwanderung nach Polen. Während eine starke Zuwanderung aus anderen EU-Staaten aufgrund des Wohlstandsgefälles auch mittelfristig wenig wahrscheinlich sein dürfte, stößt eine Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen bei vielen Polinnen und Polen auf Ablehnung, insbesondere seitdem das Thema von der *PiS* und anderen rechten Gruppierungen politisch instrumentalisiert worden ist. Allerdings steht durch das Arbeitskrätereiservoire in der Ukraine und Belarus wahrscheinlich noch für längere Zeit eine gesellschaftlich weitgehend akzeptierte Möglichkeit zur Verfügung, die Bedürfnisse

des Arbeitsmarktes zu stillen. Dennoch wird Polen nicht darum herum kommen, seine Einwanderungspolitik zu überdenken, sollte sich die Arbeitswelt nicht mittelfristig so einschneidend verändern, dass eine immer geringere Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nötig ist oder deren Produktivität enorm steigt.

Ein weiteres Problem ist die Abwanderung. Sie stellt die polnische Volkswirtschaft vor große Probleme, da beruflich aktive, oft besser ausgebildete Personen im reproduktionsfähigen Alter emigrieren. Neben dem direkten ökonomischen Schaden sind auch die negativen Auswirkungen auf Familienstrukturen zu berücksichtigen, etwa indem das traditionelle Modell von Altersvorsorge hierdurch in Frage gestellt wird. Wenn die eigenen Kinder im Ausland – oder in den urbanen Ballungsräumen – leben, sind die Eltern im Alter auf sich allein gestellt oder auf öffentliche Unterstützung angewiesen, was auch durch die finanzielle Unterstützung der emigrierten Kinder nur teilweise abgedeckt werden kann. Gerade im ländlichen Raum könnte die Pflege älterer Menschen angesichts schrumpfender Bevölkerungszahlen immer schwieriger gewährleistet werden. Eine Eindämmung der Abwanderung aus Polen hätte wiederum Konsequenzen für die Arbeitsmärkte der bisherigen Zielländer polnischer Migration: Deutschland gingen zum Beispiel mehrere zehntausend Zuwanderer pro Jahr verloren, die sich aufgrund ihrer kulturellen Nähe besonders gut in die Gesellschaft integrieren und vergleichsweise geringe Integrationskosten verursachen.

Allerdings ist Polen im Vergleich zu manchen Ländern im östlichen Europa noch relativ gut aufgestellt: Während die demographische Entwicklung von Staaten wie Rumänien, Bulgarien oder Litauen nachzeitigem Erkenntnisstand nur als katastrophal bezeichnet werden kann, hat Polen durch seine größere räumliche Nähe zum wirtschaftlichen Stabilitätsanker und Migrationsziel Deutschland sowie durch die Existenz eigener Wachstumsregionen die Chance, dass sich die demographische Entwicklung zumindest in einem Teil des Landes (Masowien mit Warschau, Pommern mit Danzig) halbwegs stabil vollzieht. Eine geschickte, aktiv steuernde Sozial-, Migrations- und Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung kann die Folgen des demographischen Wandels abfedern. Angesichts der enormen Polarisierung der politischen Landschaft in Polen steht allerdings zu befürchten, dass Reformvorhaben immer wieder unter populistischen Beschuss von der einen oder anderen Seite geraten. Wenn nach einem nicht völlig auszuschließenden Regierungswechsel im Herbst 2019 die *PiS* in die Opposition geriete, dürfte ohnehin erst einmal die Abrechnung mit deren Regierungszeit anstehen. Dabei wäre es dringend notwendig, offen über die Gefahren der demographischen Krise zu

diskutieren, anstatt diese komplexen Themen nur oberflächlich zu behandeln oder gar kontrafaktisch darauf zu reagieren. Wenn ein offizieller Vertreter Polens in Deutschland kürzlich die Polinnen für ihre Gebärfreudigkeit rühmte, dann kann man das nur als krasse Verkennung der demographischen Realität bewerten. So oder so – vor der polnischen Politik stehen große Aufgaben, nicht zuletzt aus demographischen Gründen.

digkeit rühmte, dann kann man das nur als krasse Verkennung der demographischen Realität bewerten. So oder so – vor der polnischen Politik stehen große Aufgaben, nicht zuletzt aus demographischen Gründen.

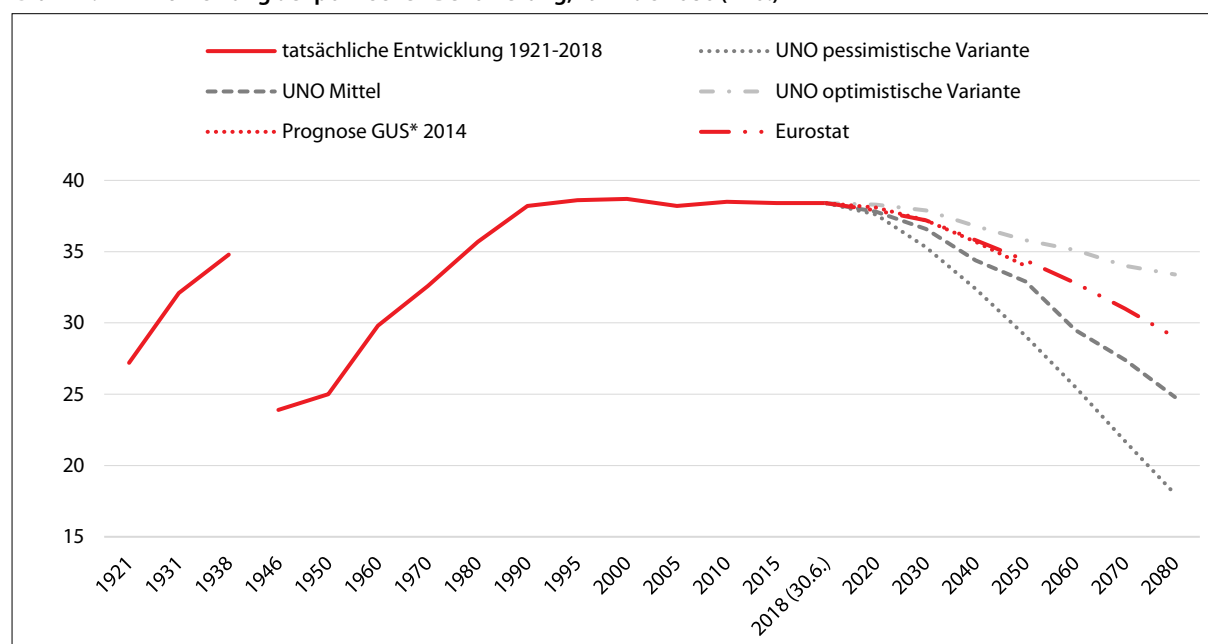
Über den Autor

PD Dr. Peter Oliver Loew ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellvertreter des Direktors in wissenschaftlichen Fragen am Deutschen Polen-Institut (Darmstadt) sowie Autor zahlreicher Publikationen über Danzig und Gdańsk, die deutsch-polnischen Beziehungen und Polen in Geschichte und Gegenwart sowie über polnische Migration nach Deutschland.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Grafiken und Tabellen zur demographischen Entwicklung in Polen

Grafik 1: Entwicklung der polnischen Bevölkerung, 1921 bis 2080 (Mio.)



* Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]

Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt] (Hg.): *Historia Polski w liczbach*. Warszawa 1994; Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt] (Hg.): *Rocznik Demograficzny 2018*. Warszawa 2018; *World Population Prospects 2017*, [https://population.un.org/wpp/DVD/Files/1_Indicators%20\(Standard\)/EXCEL_FILES/1_Population/WPP2017_POP_F01_1_TOTAL_POPULATION_BOTH_SEXES.xlsx](https://population.un.org/wpp/DVD/Files/1_Indicators%20(Standard)/EXCEL_FILES/1_Population/WPP2017_POP_F01_1_TOTAL_POPULATION_BOTH_SEXES.xlsx) (Projektionen 2020-2100); http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=proj_15npms&lang=en

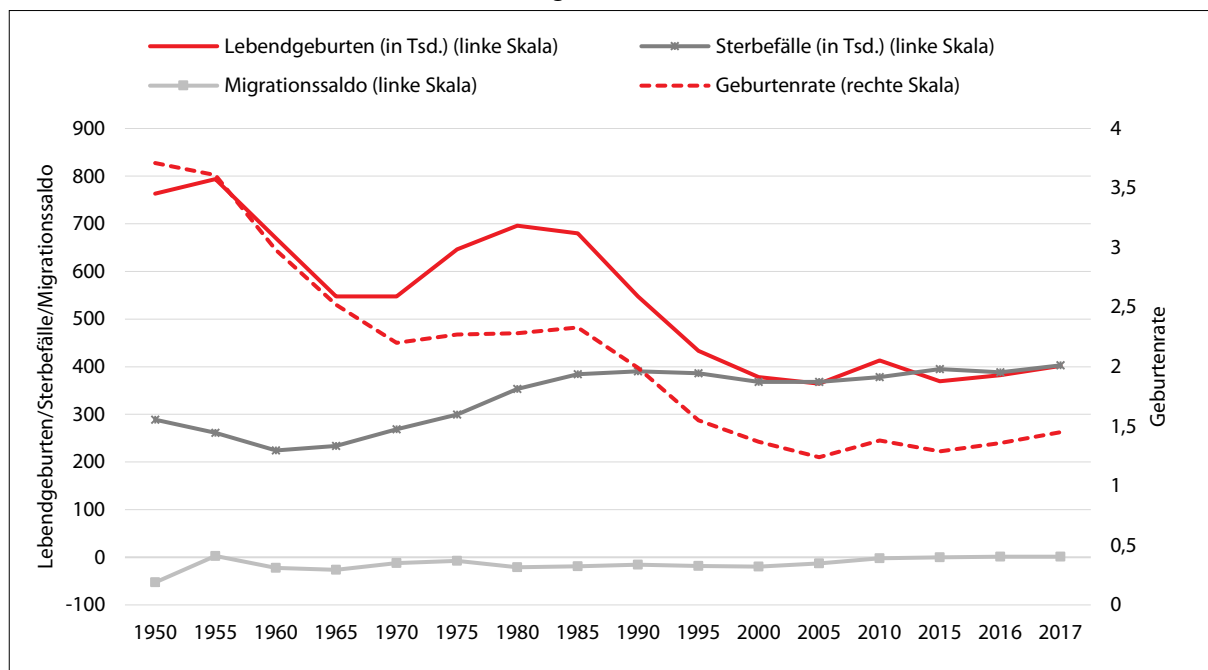
Tabelle 1: Entwicklung der polnischen Bevölkerung, 1921 bis 2080

1921	27,2 Mio
1931	32,1 Mio
1938	34,8 Mio
1946	23,9 Mio
1950	25,0 Mio
1960	29,8 Mio
1970	32,6 Mio
1980	35,7 Mio
1990	38,2 Mio
1995	38,6 Mio
2000	38,7 Mio
2005	38,2 Mio
2010	38,5 Mio
2015	38,4 Mio
2018 (30.6.)	38,4 Mio
2020	37,6 Mio (UNO pessimistische Variante) 37,8 Mio (UNO Mittel) 38,3 Mio (UNO optimistische Variante) 38,1 Mio (Prognose GUS* 2014) 37,9 Mio (Eurostat)
2030	35,3 Mio (UNO pessimistische Variante) 36,6 Mio (UNO Mittel) 37,9 Mio (UNO optimistische Variante) 37,2 Mio (Prognose GUS* 2014) 37,2 Mio (Eurostat)
2040	32,4 Mio (UNO pessimistische Variante) 34,4 Mio (UNO Mittel) 36,8 Mio (UNO optimistische Variante) 35,7 Mio (Prognose GUS* 2014) 35,8 Mio (Eurostat)
2050	29,1 Mio (UNO pessimistische Variante) 32,9 Mio (UNO Mittel) 35,8 Mio (UNO optimistische Variante) 34,0 Mio (Prognose GUS 2014) 34,4 Mio (Eurostat)
2060	25,5 Mio (UNO pessimistische Variante) 29,5 Mio (UNO Mittel) 35,1 Mio (UNO optimistische Variante) 32,8 Mio (Eurostat)
2070	21,7 Mio (UNO pessimistische Variante) 27,4 Mio (UNO Mittel) 34,0 Mio (UNO optimistische Variante) 31,0 Mio (Eurostat)
2080	18,0 Mio (UNO pessimistische Variante) 24,8 Mio (UNO Mittel) 33,4 Mio (UNO optimistische Variante) 29,0 Mio (Eurostat)

* Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]

Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt] (Hg.): *Historia Polski w liczbach*. Warszawa 1994; Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt] (Hg.): *Rocznik Demograficzny 2018*. Warszawa 2018; *World Population Prospects 2017*, [https://population.un.org/wpp/DVD/Files/1_Indicators%20\(Standard\)/EXCEL_FILES/1_Population/WPP2017_POP_F01_1_TOTAL_POPULATION_BOTH_SEXES.xlsx](https://population.un.org/wpp/DVD/Files/1_Indicators%20(Standard)/EXCEL_FILES/1_Population/WPP2017_POP_F01_1_TOTAL_POPULATION_BOTH_SEXES.xlsx) (Projektionen 2020-2100); http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=proj_15npms&lang=en

Grafik 2: Geburten, Geburtenrate, Sterbefälle, Migrationssaldi in Polen, 1950 bis 2017



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: http://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5468/33/1/1/sytuacja_demograficzna_polski_do_2017_tabl1.xls (abgerufen am 12.02.2019).

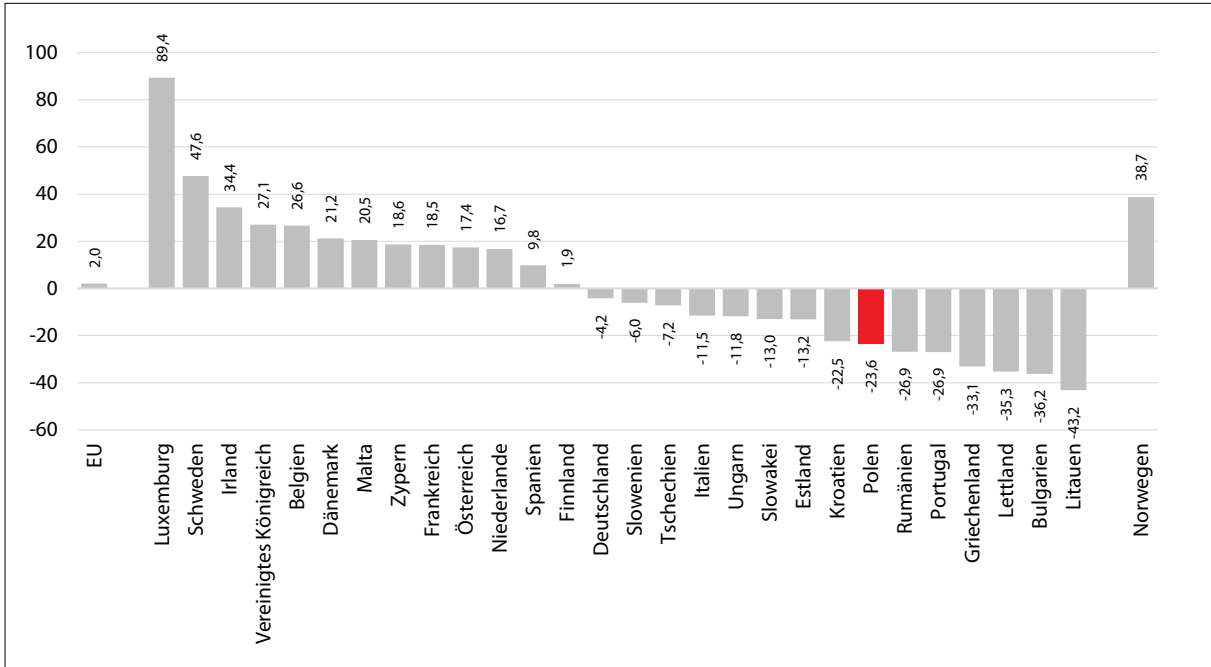
Tabelle 2: Geburten, Geburtenrate, Sterbefälle, Migrationssaldi in Polen, 1950 bis 2017

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995
Lebendgeburten (in Tsd.)	763,1	793,8	669,5	547,4	547,8	646,4	695,8	680,1	547,7	433,1
Geburtenrate	3,71	3,61	2,98	2,52	2,2	2,27	2,28	2,33	1,99	1,55
Sterbefälle (in Tsd.)	288,7	261,6	224,2	233,4	268,6	299,5	353,2	384	390,3	386,1
Migrationssaldo	-52,8	2,8	-22,3	-26,4	-12,2	-7,8	-21,2	-18,9	-15,8	-18,2

	2000	2005	2010	2015	2016	2017
Lebendgeburten (in Tsd.)	378,3	364,4	413,3	369,3	382,3	402
Geburtenrate	1,37	1,24	1,38	1,29	1,36	1,45
Sterbefälle (in Tsd.)	368	368,3	378,5	394,9	388	402,9
Migrationssaldo	-19,7	-12,9	-2,1		1,5	1,4

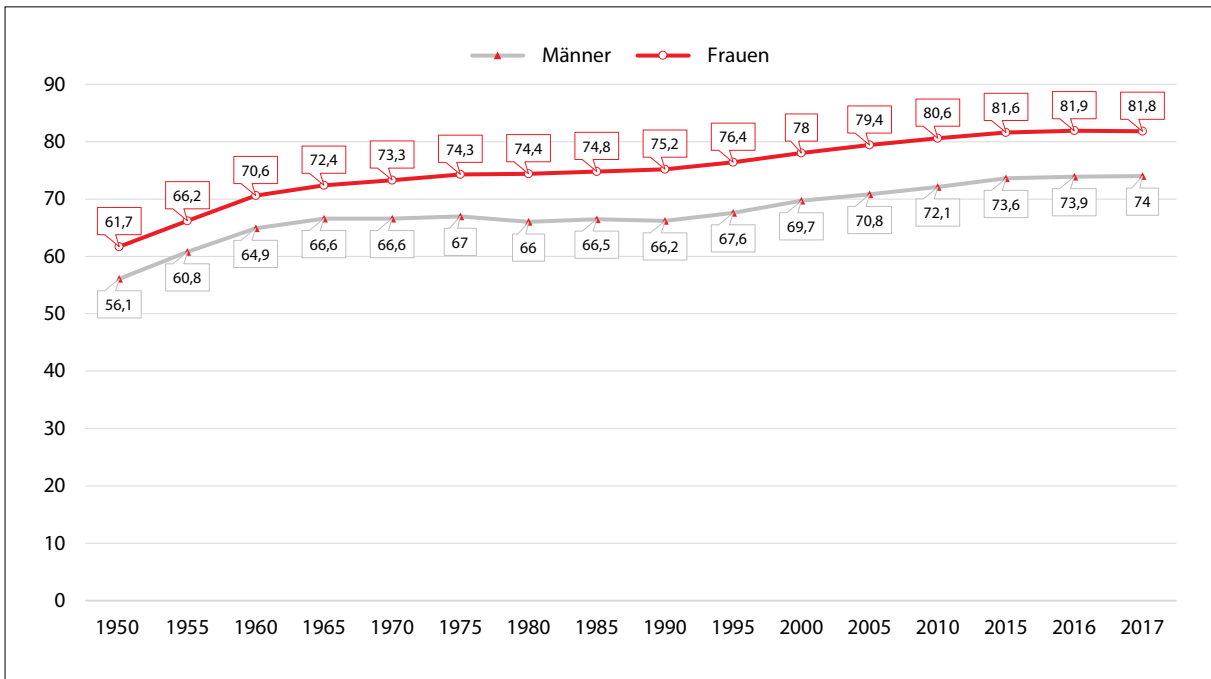
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: http://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5468/33/1/1/sytuacja_demograficzna_polski_do_2017_tabl1.xls (abgerufen am 12.02.2019).

Grafik 3: Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2016 bis 2080 im europäischen Vergleich (%)



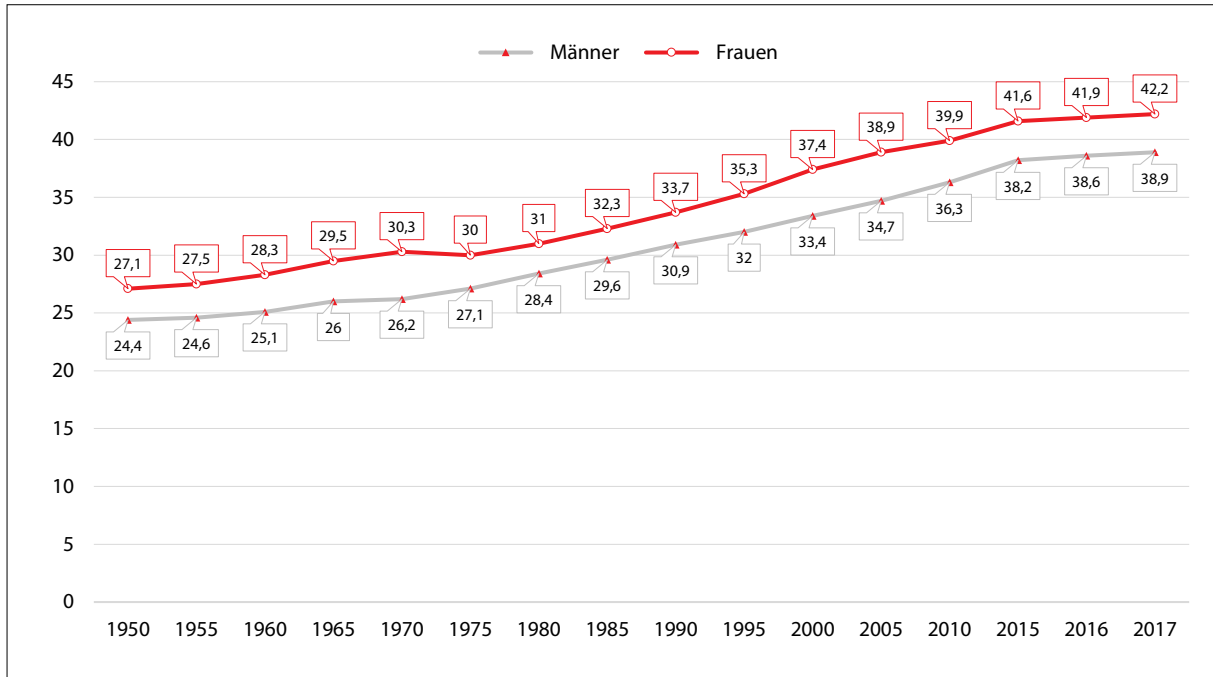
Quelle: Eurostat, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=proj_15npms&lang=en (abgerufen am 15.02.2019)

Grafik 4: Die durchschnittliche Lebenserwartung in Polen in Jahren



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: http://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5468/33/1/1/sytuacja_demograficzna_polski_do_2017_tabl1.xls (abgerufen am 12.02.2019).

Grafik 5: Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Polen



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: http://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5468/33/1/1/sytuacja_demograficzna_polski_do_2017_tabl1.xls (abgerufen am 12.02.2019).

5. – 18. Februar 2019

05.02.2019	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak setzt Oberst Karol Molenda als Bevollmächtigten für die Berufung der Streitkräfte zum Schutz des Cyberspace ein. Das 2018 in Kraft getretene Gesetz über das heimische System der Cybersicherheit verteilt die Aufgaben und Kompetenzen außer auf das Verteidigungsministerium auch auf das Ministerium für Digitalisierung und die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW).
06.02.2019	In Warschau demonstrieren ca. 1.000 Landwirte aus verschiedenen Regionen Polens vor dem Präsidentenpalast. Den Protest hat die landwirtschaftliche Interessenvertretung AGROunia organisiert. Die Protestierenden fordern die Unterstützung heimischer Familienbetriebe und den Schutz des polnischen Marktes sowie die Beschränkung von Lebensmittelimporten aus dem Ausland. In zwei Wochen soll unter der Leitung von Landwirtschaftsminister Krzysztof Ardanowski die erste Beratung in dem neu geschaffenen Rahmen »Landwirtschaftliche Verständigung« (Porozumienie Rolnicze) über die Lage der Landwirtschaft in Polen stattfinden.
06.02.2019	Der Botschafter der Islamischen Republik Iran in Warschau, Masoud Edrisi Kermanshahi, kritisiert in einem Pressegespräch, dass der Iran zu der in der kommenden Woche in Warschau auf Initiative Polens und der USA stattfindende Nahostkonferenz nicht eingeladen worden sei, obwohl er terroristische und extremistische islamische Organisationen im Nahen Osten bekämpfe. Weiter bemängelt er, dass die Palästina-Frage nicht auf der Agenda der Konferenz stehe. Die Entscheidung Polens, gemeinsam mit den USA die Konferenz zu organisieren, werte der Iran als Abkehr von der Haltung der Europäischen Union. Der Iran hoffe, dass Polen als Gastgeber die Ergebnisse derart beeinflusse, dass sie nicht gegen den Iran gerichtet sind. Andernfalls müsse Polen mit diplomatischen Konsequenzen vonseiten Irans rechnen.
07.02.2019	Die Kreisstaatsanwaltschaft Warschau teilt mit, dass gegen Jarosław Kaczyński, den Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), drei Anzeigen vorliegen. Nach der Veröffentlichung von Gesprächsmitnahmen zwischen Kaczyński, dem österreichischen Unternehmer Gerald Birgfellner und zwei weiteren Personen über Immobilieninvestitionen in Warschau unter Beteiligung einer PiS-nahen Baugesellschaft in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« hatten Birgfellner sowie Vertreter der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Partei Jetzt! (Teraz!) mit unterschiedlichen Begründungen Anzeige erstattet.
08.02.2019	Jan Olszewski, ehemaliger Ministerpräsident Polens (1991–1992), Strafverteidiger von Oppositionellen in der Volksrepublik Polen und selbst aktiver Oppositioneller, Teilnehmer der Gespräche am Runden Tisch 1989, anschließend parteipolitisch aktiv und u. a. Berater von Lech Wałęsa und Lech Kaczyński, stirbt in Warschau im Alter von 88 Jahren.
09.02.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt in Pressburg (Bratislava, Slowakei) am Treffen der Regierungschefs der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) teil, zu dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeladen wurde. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz sagt Morawiecki, dass die Visegrád-Staaten der wichtigste Handelspartner für Deutschland seien, was deren Kraft und Dynamik zeige. Außerdem würden sie erfolgreich ihre Positionen im Europäischen Parlament vertreten. Bundeskanzlerin Merkel sagt mit Blick auf das umstrittene deutsch-russische Gaspipelineprojekt Nord Stream 2, dass der Status der Ukraine als Transitland garantiert bleiben müsse. Dies betone sie auch gegenüber dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin. Die Idee der Diversifizierung halte Deutschland aufrecht und wolle nicht allein von Russland abhängig sein.
10.02.2019	Adam Andruszkiewicz, im Dezember 2018 berufener Vizeminister für Digitalisierung, verneint in einer Stellungnahme auf Facebook seine Beteiligung an Unterschriftenfälschungen im Zusammenhang mit den Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2014 in Białystok. Solche Verleumdungen seien der Preis, den er im Kampf für Veränderungen in Polen zahlen müsse. Andruszkiewicz reagiert damit auf eine am Vortag ausgestrahlte Reportage des Senders »TVN 24«, die den Vorwürfen der Wahlfälschung und Andruszkiewicz' führende Rolle darin nachgeht. Dieser war 2014 in Białystok aus den Reihen der rechtsextremen und nationalistischen Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska) angetreten. Die Sprecherin der Landesstaatsanwaltschaft, Ewa Bialik, sagte am Vortag ebenfalls als Reaktion auf die Sendung, dass gegen Staatsanwälte in Białystok ein Disziplinarverfahren wegen Versäumnissen bei der Untersuchung der Vorwürfe der Wahlfälschung laufe.
12.02.2019	Auf der gemeinsamen Pressekonferenz nach ihrem Treffen in Warschau betonen Außenminister Jacek Czaputowicz und US-Außenminister Mike Pompeo die Bedeutung starker transatlantischer Beziehungen und der Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Europa für die Stabilität und Sicherheit der Europäischen Union. Es seien weitere Pläne zur Verstärkung der US-Truppen in Polen besprochen worden, so Czaputowicz. In Bereich der Energieversorgung würden beide Seiten übereinstimmen, dass das deutsch-russische Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 der Energiesicherheit in Europa schade.

13.02.2019	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak unterzeichnet in Warschau in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda und US-Vizepräsident Mike Pence einen Vorvertrag zum Kauf des US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem HIMARS. Der Wert des Vertrags beläuft sich auf 414 Mio. US-Dollar netto; die Lieferung soll sukzessiv bis zum Jahr 2023 erfolgen.
14.02.2019	In Warschau endet die zweitägige Nahostkonferenz, die von den Außenministerien Polens und der USA ausgerichtet wurde. Es nahmen Vertreter von 62 Staaten teil, u. a. Außenminister Jacek Czaputowicz und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, US-Vizepräsident Mike Pence und US-Außenminister Mike Pompeo, Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sowie Vertreter von Staaten der Europäischen Union und von arabischen Staaten; teilweise unterhalb der Ministerebene. Der Iran war nicht eingeladen worden. Thematisiert wurden der Nahostkonflikt und die Konflikte in Syrien und im Jemen, humanitäre Probleme in der Region, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Cybersicherheit und Energiesicherheit. In der Abschlusserklärung der Ko-Vorsitzenden der Konferenz heißt es, dass die breite Teilnahme den Wunsch der internationalen Gemeinschaft zeige, die Ursachen der Instabilität des Nahen Ostens zu bekämpfen. Zu diesem Zweck seien internationale thematische Arbeitsgruppen gebildet worden, die konkrete Lösungen in den behandelten Themenbereichen erarbeiten sollen.
15.02.2019	In der Podiumsdiskussion »Defence Cooperation« auf der 55. Münchener Sicherheitskonferenz unterstreicht Außenminister Jacek Czaputowicz die Notwendigkeit, die NATO zu stärken, da die Zusammenarbeit mit ihr für Europa aktuell wichtiger sei als jemals zuvor. Er fordert die europäischen Staaten auf, ihre Militärausgaben zu erhöhen und ihre operative Zusammenarbeit zu verbessern, um für NATO-Einsätze bereit zu sein. Die Entwicklung und Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Europäischen Union solle ergänzend zur Zusammenarbeit mit der NATO stattfinden, eine europäische Armee könne nicht isoliert von der NATO und der Präsenz US-amerikanischer Streitkräfte in Europa diskutiert werden.
16.02.2019	Der Landesparteitag der Demokratischen Linksalianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) beschließt in Warschau, für die Europawahlen im Mai dem Wahlbündnis »Europäische Koalition für Polen« (Koalicja Europejska dla Polski) beizutreten. Kandidaten der SLD für das Europäische Parlament sollen u. a. die ehemaligen SLD-Ministerpräsidenten Leszek Miller, Marek Belka und Włodzimierz Cimoszewicz sein.
18.02.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt die Teilnahme der polnischen Delegation mit Außenminister Jacek Czaputowicz am Treffen der Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und Israel in Jerusalem ab. Vorher hatte Morawiecki bereits seine Teilnahme abgesagt. Hintergrund ist eine Äußerung am Vortag von Israel Katz, Außenminister Israels, der bezugnehmend auf eine Äußerung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sagte, viele Polen hätten mit den Nationalsozialisten kollaboriert; zudem bezichtigte er die Polen des Antisemitismus. Morawiecki sagt, Katz versuche mit seiner rassistischen Aussage die Geschichte zu fälschen und Polen zu beleidigen. Das polnische Außenministerium schreibt in einer Stellungnahme, Katz' Aussage sei nicht nur beleidigend, sondern stärke negative Emotionen zwischen den beiden Nationen und bewirke den Anstieg des Antipolonismus und Antisemitismus.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

